

atomstopp

atomkraftfrei leben!

2. Quartal 2014, 39. Jahrgang, Nr. 221



**Europaweiten
Atomausstieg voranbringen!**



Klimarettung? Bitte warten! Atomausstieg? Bloß das nicht?

Eigentlich wollten sich die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel im März darauf verständigen, wie den nach wie vor steigenden Treibhausmissionen Einhalt geboten werden soll, wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben und die Energieeffizienz gesteigert werden kann.

Mittels verbindlicher Ziele sollten die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames Vorgehen eingeschworen werden. Im Vorfeld forderte das Europäische Parlament mehrheitlich: 40:30:40 – d.h., 40% weniger Kohlendioxid, 30% Erneuerbare Energie und 40% mehr Energieeffizienz bis 2030.

Manchen Umweltorganisationen ging die Forderung des Europäischen Parlaments nicht weit genug: 40:40:40 oder 60:45:50 oder 55:45:40 wurden eingefordert. Allein das scherte die Staats- und Regierungschefs wenig. Beim Gipfel im März wurde lediglich festgehalten, dass man sich erst im Oktober irgendwie festlegen werde. Überdies habe zu gelten: Gewährleistung der Energieversorgung zu erschwinglichen und wettbewerbsfähigen Preisen und die Flexibilität für die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Art und Weise, wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen, um den Gegebenheiten der jeweiligen Mitgliedstaaten gerecht zu werden und deren Freiheit zu achten, ihren Energiemix selbst zu gestalten.

Das heißt nichts anderes als: Klimarettung? Bitte warten! Atomausstieg? Bloß das nicht! Oder: warum auch? Wenn Mitgliedstaaten weiter auf Atomenergie setzen wollen und sie damit ihren Kohlendioxid-Ausstoß begrenzen können, ist das dem EU-Rat auch recht.

Es ist enttäuschend, wie die Atomlobbyisten in der Europäischen Union den Atomausstieg torpedieren – noch enttäuschender ist aber, dass manche Staats- und Regierungschefs sich als Atomfantasten gebärden und willfährige Handlanger der Atomlobby sind. Genau diese Herrschaften sind es ja auch, die eine angemessene Haftpflichtversicherung für Atomreaktoren zu verhindern wissen und die Förderung der Atomforschung über EURATOM offen zu halten verstehen.

Man hat oft den Eindruck, die EU-Kommission würde gerne mehr wollen, als sie darf. Ein starkes und aufgewertetes Europäisches Parlament sollte dem EU-Rat Paroli bieten können. Bis dahin werden aber die Atomfantasten aus Großbritannien, Frankreich, Ungarn, Tschechien weiter für grenzenlose atomare Gefahren sorgen.

*Mit besten Grüßen
Roland Egger / Obmann*

Appell an die Kandidat_innen zur Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai:

Bereits rund 2.000 Unterstützer_innen!

Die Reaktorkatastrophe von FUKUSHIMA und die nach wie vor unabsehbaren Folgen sollten Warnung und Auftrag genug sein, alles für einen möglichst raschen Atomausstieg zu unternehmen! Gerade in Europa ist fast die Hälfte aller Atomreaktoren seit mehr als 30 Jahren in Betrieb! Typischerweise geht man von 30 bis 40 Jahren als Lebensdauer aus, somit ist fast die Hälfte aller Atomreaktoren an ihrem Limit angelangt! Die Konsequenz daraus: ABSCHALTEN!

Doch selbst die Katastrophe von FUKUSHIMA hat in Europa manche Atomfantasten nicht in ihre Schranken gewiesen: der tschechische Premierminister Sobotka spekuliert immer noch mit einem Ausbau des AKW Temelin, der britische Premierminister Cameron will gar Staats-Subventionen für den Neubau eines Atomreaktors in Hinkley Point bewilligen und der russische Präsident Putin will in Ungarn den Neubau von Atomreaktoren finanzieren!





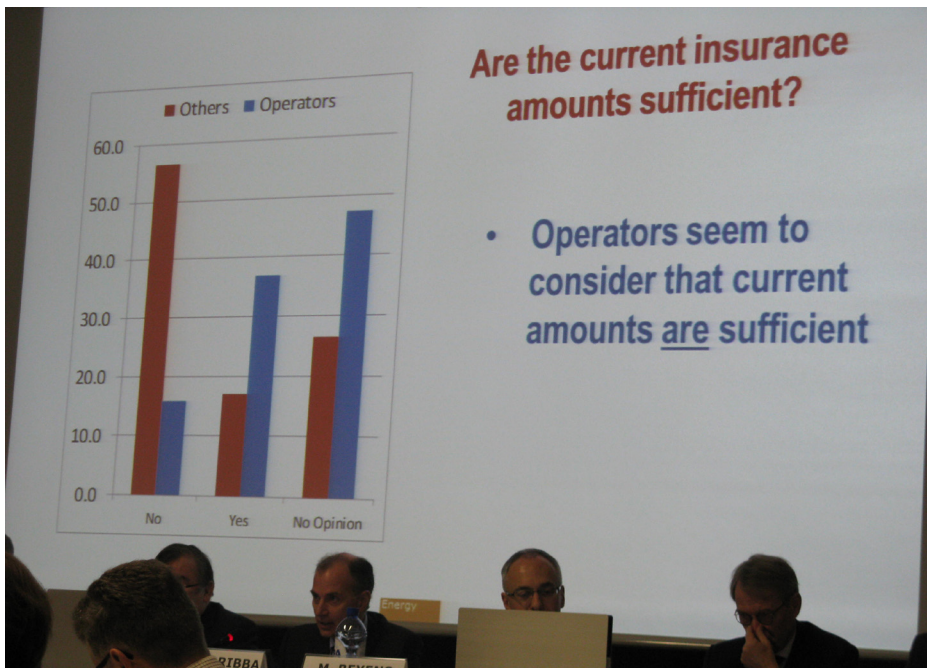
Für den europaweiten Atomausstieg ein Zeichen setzen!

Mehr als 70 Läufer_innen gingen am 6. April mit der lachenden Antiatom-Sonne beim Linz-Marathon an den Start, um ein Zeichen für den europaweiten Atomausstieg zu setzen! In allen Laufdistanzen (Viertel-, Halb-, Marathon und im Staffelbewerb) waren atomstopp_Läufer_innen vertreten. Die jüngsten Läufer_innen beteiligten sich beim Junior-Marathon mit sichtlich viel Freude!

Ein herzliches Danke an alle engagierten Läufer_innen!







Atomhaftung

20./21. Jänner – Konferenz in Brüssel zur Atomhaftung

“Taking nuclear third party liability into the future” so der Titel einer zweitägigen Konferenz in Brüssel, mit einer Teilnehmer_innenzahl von rund 300 Personen sehr gut besucht. Mitarbeiter_innen von Versicherungsunternehmen, nationale Atom-Aufsichtsbehörden, die Atomlobbyisten von FORATOM, Vertreter_innen von Betreibern von Atomkraftwerken und atomstopp, GLOBAL 2000 und Greenpeace.

So einseitig die Besetzung so eindeutig auch das Ergebnis

Die EU-Kommission startete im Sommer 2013 eine dreimonatige öffentliche Konsultation zu den Fragen der Atomhaftung, Haftungsregime, Haftungsgrenzen.

Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation wurden bei der Konferenz vorgestellt – erstaunlich, dass sich weniger als 150 Personen und Institutionen an dieser Konsultation beteiligt haben. Und ebenso erstaunlich, dass der Eindruck vermittelt

wurde, die EU-Kommission würde jede der Stellungnahmen sehr ernst nehmen und analysieren.

Wenig verwunderlich war und an Dreistigkeit eigentlich nicht zu überbieten: für die Betreiber der Atomkraftwerke sind die derzeitigen Regelungen in den internationalen Haftungsregimen und die geringe Haftungssumme ausreichend! (siehe Bild oben)

Dazu muss man wissen, dass die AKW-Betreiber im Falle eines Supergaus für weniger als 1% des Schadens haftbar sind!

Die Ansätze, die auf der Konferenz diskutiert wurden, berücksichtigen die Opfer zu wenig – und das war auch die fundamentale Kritik von Greenpeace. Vielmehr wird darauf geachtet, dass die Atomindustrie ihre Privilegien weiter nutzen kann und die Haftung begrenzt bleibt.

Offenbar gibt es starke Bestrebungen, die Haftungsregime (Wiener Abkommen und Pariser Abkommen, Brüsseler Zusatzprotokoll) zusammenzuführen – und zwar in

Richtung Brüsseler Zusatzprotokoll. Vor allem von US-amerikanischer Seite scheint es solche Bestrebungen einer Vereinheitlichung zu geben. Diskutiert wird auch, ob EURATOM im Gesamten (und somit auch Österreich) diesem Haftungsregime beitrifft.

Aus der Sicht Österreichs ist das völlig ausgeschlossen, weil das Brüsseler Zusatzprotokoll (wie auch bei anderen Abkommen) eine begrenzte Haftung vorsieht und Österreich (neben Irland) eine unbegrenzte Haftung in seiner nationalen Gesetzgebung verankert hat.

EU-Kommissar Oettinger rudert zurück

Die Frage einer Haftpflichtversicherung für Atomreaktoren ist von EU-Kommissar Oettinger nach dem Supergau von Fukushima thematisiert und auch eine höhere Deckungssumme in Aussicht gestellt worden. Die Begründung von EU-Kommissar Oettinger war, dass auch die PKW versichert sein müssen und das die Mobilität verteuern würde. Ebenso müssten die Atomreaktoren in angemessener Weise und Höhe versichert sein, auch wenn das die Kosten für die Betreiber von Atomreaktoren erhöhen würde (Aussagen von EU-Kommissar Oettinger im Herbst 2012).

Bei der Konferenz im Jänner 2014 relativierte EU-Kommissar Oettinger kräftig: Es gebe keine einheitliche europäische Gesetzgebung bei der Atomhaftung. Man nähere sich ohne Zeitdruck (!) und bereite eine Mitteilung (!) vor, als Grundlage für eine Debatte zur Frage der europäischen Haftungssysteme.

Es ist sehr enttäuschend, dass von der EU-Kommission nun offenbar wenig Druck kommt, das Thema Atomhaftung rasch zu lösen.

Die Mitteilung ist ein sehr schwaches Instrument, das die EU-Kommission anwenden will. Mehr als eine Willensbekundung kann darin nicht gesehen werden. Offenbar ist man sich aber sehr uneinig über die weitere Vorgangsweise, sodass die anderen Instrumente (Vorschlag einer EU-Richtlinie bzw. einer EU-Verordnung) wohl keine realistische Chance auf Umsetzung haben.

Am verstörendsten ist die Frage nach der Versicherbarkeit selbst: Die Betreiber der Atomreaktoren haben logischerweise für alle (!) Schäden aufzukommen, die sie verursachen. Eine französische Regierungsstudie kam 2012 zum Schluss, dass bei einem Supergau in einem französischen Atomreaktor mit Schäden jenseits der 400 Milliarden Euro zu rechnen ist. Und das ist aus unserer Sicht auch die Summe, die versichert werden muss. Wenn das die Versicherungsleistung übersteigt, ist die Konsequenz ganz eindeutig: abschalten der Atomreaktoren. Was in all seinen Konsequenzen nicht versicherbar ist, darf nicht betrieben werden.

Unsere Haftpflichtpetition im Europäischen Parlament

Rund 15.000 Österreicher_innen haben unsere Haftpflichtpetition unterschrieben. Im Oktober 2013 wurden die Unterschriften den beiden EU-Abgeordneten Becker und Rübzig in Brüssel übergeben. Am 19. März 2014 wurde die Petition zur Atomhaftung im Europäischen Parlament behandelt.

Sowohl von der Ausschussvorsitzenden als auch vom Vertreter der Europäischen Kommission wurde die Wichtigkeit der Petition betont.

Erfreulich ist, dass sich auch der Industrieausschuss mit der Petition beschäftigen wird.



Gefahr alternde Atomkraftwerke



Beispiele AKW in der Ukraine / AKW Dukovany in Tschechien

Greenpeace veröffentlichte Anfang März 2014 eine Studie, in der auf die Gefahren durch alternde Atomreaktoren und die Laufzeitverlängerung hingewiesen wurde.

Von den 151 Atomreaktoren in der Europäischen Union sind 67 (= 44%) mehr als 30 Jahre alt, 25 (= 17%) mehr als 35 Jahre alt und 7 (= 5%) mehr als 40 Jahre alt. Typischerweise geht man von 30 bis 40 Jahren Lebensdauer aus, somit sind zwei Drittel aller Atomreaktoren in der Europäischen Union eigentlich an ihrem Limit angelangt! Die Konsequenz daraus?

Für die Atomgegner_innen ist klar: abschalten!

Die Betreiber der Atomkraftwerke sehen das völlig anders: Laufen lassen bis zum bitteren Ende! Schließlich fallen für ein fertiggestelltes AKW

nur mehr geringe Kosten an, allfällige Sicherheitsnachrüstungen lässt man sich von den besorgten Nachbarstaaten mitfinanzieren ...

Und ja: Der Neubau von Atomreaktoren hinkt aus guten – wirtschaftlichen – Gründen.

Beispiel AKW in der Ukraine

Investoren für die Neuerrichtung von Atomkraftwerken sind schwer zu finden. Die Hoffnung ruht auf staatlichen Subventionen. Bis diese von der EU bewilligt werden, verlängern die AKW-Betreiber oft die Laufzeiten der Atomreaktoren.

2013 wurde beschlossen, dass die 15 ukrainischen Atomreaktoren – auch mithilfe von europäischen Institutionen wie EURATOM und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) – nachgerüstet werden: 600 Millionen Euro „investieren“ die beiden Organisationen in die Atomkraft in der Ukraine! Ohne diese Nachrüstungen müssten die Atomreaktoren bis 2020 allesamt abgeschaltet werden, was in jedem Fall das atomare Risiko reduzieren würde. Die Laufzeitverlängerung ist somit eine Risikoverlängerung! Abgesehen davon, dass immer weiter radioaktiver Abfall produziert wird, für den es bis heute keine sichere Endlagermöglichkeit gibt!

Ebenfalls 2013 fiel die Europäische Investitionsbank (EIB) unangenehm auf, weil klar ausgesprochen wurde, dass die Laufzeitverlängerung von Atomreaktoren auch mit günstigen Krediten der EIB finanziert werden sollte.

Dass der Schwerpunkt der Förderung bei EBRD und EIB nicht eindeutiger auf die Erneuerbaren Energien gelenkt wird, sondern eine Hochrisiko-Technologie unterstützt wird, ist äußerst bedauerlich und wahrscheinlich als Lobbying-Erfolg der Atombefürworter zu werten. Dass EURATOM – als Atomförderverein – selbstredend für die Beibehaltung und Unterstützung der Atomindustrie eintritt, ist erwartbar. Eine zeitgemäße Überarbeitung des EURATOM-Vertrags – wie das übrigens jüngst sogar die EU-Kommission vorgeschlagen hat – ist höchst an der Zeit.

Der EU-Kommission dürfte dabei aber ein strenger Wind ins Gesicht blasen, wird doch jede Initiative in Sachen „Atomenergie“ von den Mitgliedstaaten als Einmischung in ihre souveräne nationale Energiepolitik verstanden.



Karikatur von Gerhard Haderer - Après Gau 1986

Beispiel AKW Dukovany

Nach dem Mehrfach-Supergau von FUKUSHIMA hat die EU-Kommission eine strengere Sicherheitsrichtlinie für Atomreaktoren ausarbeiten lassen. Beim tschechischen Atomkonzern CEZ schrillten deswegen die Alarmglocken. Die besonderen „Gefahren“ für die Atomindustrie sah man vor allem in einer Erhöhung der Kosten für den AKW-Betreiber (weil neue Definitionen und neue Formate der Sicherheitsberichte und eine periodische Bewertung der Sicherheit der Atomanlagen verlangt werden), in einer Verlängerung der Vorbereitungszeiten und Umsetzung der Projekte und damit wiederum zu einer Erhöhung der Kosten für den AKW-Betreiber (weil die Öffentlichkeit stärker in den Bewilligungsprozess eingebunden werden sollte).

Ebenso befürchtete man mögliche Änderungen des tschechischen Atomgesetzes und Einschränkungen des tschechischen Staatsamtes für Kernsicherheit (zuständig für die Erteilung von Genehmigungen für Atomreaktoren), was als Einschränkung der nationalen Souveränität interpretiert wird.

Vor allem befürchtete man, dass sich durch die neue Bewertung von Atomreaktoren, die ihre ursprünglich bewilligte Lebensdauer überschritten haben, Komplikationen für den weiteren Betrieb des AKW Dukovany ergeben. Die Atomreaktoren in Dukovany sollten planmäßig 2015/2016 und 2017 – 30 Jahre nach der Inbetriebnahme – außer Betrieb gehen.

Die Antwort der tschechischen Politik auf die „Sorgen“ des Atomkonzerns CEZ: Man machte unmissverständlich klar, dass man einer „verschärften“ AKW Sicherheitsrichtlinie nicht zustimmen werde!

Dabei betonte gerade auch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA, dass Atomreaktoren, die mehr als 30 Jahre in Betrieb sind, eine besondere sicherheitstechnische Herausforderung darstellen würden.

Sich einer erhöhten Sicherheit – wie das die EU-Kommission plant – zu entziehen, darf von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht hingenommen werden.

Spenden absetzbar! Auf Ihre Spende kommt es an!

Der Verein atomstopp_atomkraftfrei leben! ist seit Dezember 2007 berechtigt, das Spendegütesiegel zu führen. Damit haben Sie als Spender_in des Vereins die geprüfte Garantie des sorgsamsten Umgangs mit Spendengeldern. Jährlich wird die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des Vereins von einer unabhängigen Wirtschaftsprüferin kontrolliert und die Verwendung der Spenden kritisch hinterfragt. Damit können Sie sicher sein: **IHRE SPENDE KOMMT AN!**

Spenden an atomstopp sind steuerlich absetzbar!

Holen Sie sich Ihre Spenden vom Finanzamt zurück!

atomstopp_atomkraftfrei leben! ist eine spendenbegünstigte Umweltschutzorganisation mit der Registrierungsnummer NT 2301!



Spenden an atomstopp können deshalb bei der Arbeitnehmerveranlagung oder Einkommenssteuererklärung als Sonderausgabe geltend gemacht werden!

Jede Spende - egal, in welcher Höhe - ist wichtig und hilft uns, gegen Atomkraft aktiv zu bleiben!

Finanzen 2013

Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 wurde nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes erstellt. Der Jahresabschluss liegt im Vereinsbüro zur Einsichtnahme auf.

Eine detaillierte Aufstellung der Finanzdaten (Mittelherkunft und Mittelverwendung) ist auf der Internet-Seite des Vereins veröffentlicht: www.atomkraftfrei-leben.at

Ein ganz herzliches Danke nochmals allen Spender_innen und Mitgliedern!

Kratzt Sie EURATOM?

Die jahrelangen Bemühungen, etwas Bewegung in die Debatte rund um den Atomförderverein EURATOM zu bringen, scheinen zu fruchten: Anfang des Jahres sickerten nämlich Gerüchte durch, dass die EU-Kommission vor habe, den EURATOM-Vertrag den heutigen Realitäten anzupassen.

Immerhin mehr als die Hälfte der EU-Staaten nutzen keine Atomkraft oder haben Atomausstiegsbeschlüsse. Dennoch sieht einer der Gründungsverträge der EU vor, dass „die Voraussetzungen für den raschen Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie geschaffen werden sollen“ (siehe die Präambel des EURATOM-Vertrags aus dem Jahr 1957).

Von EURATOM hört man immer dann, wenn es eher ungemütlich wird: Staaten, die Atomkraftwerke bauen wollen, melden das an die EU-Kommission aufgrund Artikel 33 EURATOM-Vertrag. Nach dem Supergau von TSCHERNOBYL wurde eine EU-Verordnung erlassen, mittels der die Grenzwerte für radioaktiv belastete Lebensmittel nach oben (!) gesetzt werden können. Nach dem Supergau von FUKUSHIMA wurde diese EU-Verordnung wieder angewandt!

Wenn Staaten Kredite für ihre maroden Atomreaktoren wollen, geht das auch oft über EURATOM. Der Vorwand – auch oft von österreichischen Politiker_innen als Begründung verwendet: Die Sicherheit der Atomkraftwerke. **Dass dieser Atomförderverein die Sicherheit von Atomkraftwerken aber nicht wirklich im Blick hat, sollte nicht verwundern ...**

Neuerlich eindrücklich ausgeführt wird das in einer Studie von Patricia Lorenz (GLOBAL 2000, Friends of the Earth) im Auftrag von DIE LINKE im Europäischen Parlament.

Zu beziehen ist die Ausgabe unter: www.sabinewils.eu



Noch mehr Geld für noch mehr Risiko?

Der EURATOM Vertrag zur europäischen Förderung der Atomenergie

Erstaunlich ist, dass man von der österreichischen Bundesregierung kein Sterbenswörtchen zu den Aussagen der EU-Kommission wegen einer EURATOM-Reform hört. Immerhin war man sich bisher immer einig: auch wenn ein einseitiger Ausstieg Österreichs aus EURATOM nicht in Frage kommt, für eine Reform würde man sich gerne einsetzen. Nun: die Gelegenheit ist günstig ... JETZT! Oder will man sich den Vorwurf gefallen lassen, man würde das Kratzen am EURATOM-Vertrag ein paar wenigen Vereinen überlassen?



Atomkraft unrentabel!

So lauten die jüngsten Schlagzeilen:

Atomkraftwerke von E.ON kaum noch rentabel! (27. August 2013 – in: merkur-online.de)

Kaum noch rentabel – RWE-Chef sieht Kernkraftwerke in Gefahr (20. Jänner 2014 – in t-online.de)

Grund für die „Sorgen“ der Energiekonzerne: Der Börsenpreis für Strom ist aufgrund der steigenden Produktion von Ökostrom so niedrig wie nie zuvor. Schon jetzt würden die Einnahmen kaum den laufenden Betrieb der Atomkraftwerke decken können. Ein weiterer Preisverfall würde zu einem „vorzeitigen“ Aus der Atomkraftwerke führen.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass in manchen Mitgliedstaaten der EU die Förderung von Erneuerbaren Energien zurückgenommen wird, in Deutschland ebenso wie in der Tschechischen Republik. Offenbar gibt es beharrende Kräfte, die partout einen europäischen Atomausstieg verhindern wollen.

Die wirtschaftlichen Probleme bei den derzeit im Bau befindlichen Atomreaktoren sollten den Atombefürwortern zu denken geben.

Verzögerungen / Kostenüberschreitungen

Olkiluoto 3 – Der finnische Atomreaktor ist ein Paradebeispiel, wie Wunsch und Realität der Atomlobby auseinander fallen: Baubeginn war im Jahr 2005, die Inbetriebnahme für 2009 geplant. Bereits im Jahr 2006 rechnete man mit einer Fertigstellung nicht vor 2011, im Jahr 2008 schätzte man 2012, im Jahr 2010 schätzte man 2013, im Jahr 2012 mit 2014, im Jahr 2013 mit 2016 und im Februar 2014 nahm man überhaupt von jedweder zeitlicher Festlegung, wann der Atomreaktor Olkiluoto 3 in Betrieb gehen mag, Abstand!

Die geschätzten Kosten für den Bau beliefen sich 2005 auf 3 Milliarden Euro. Mittlerweile haben sich die Baukosten verdreifacht!

Ähnlich das desaströse Bild für den französischen Reaktor in Flamanville: 3,3 Milliarden Euro sollte der Atomreaktor kosten und 2012 in Betrieb gehen. Im Jahr 2012 musste der französische Atomkonzern EDF aber eingestehen: Die Kosten liegen bei knapp unter 9 Milliarden Euro und mit einer Fertigstellung ist nicht vor dem Jahr 2016 zu rechnen.

Absagen von AKW Projekten

AKW Kaliningrad: Im Mai 2013 wurden die Vorbereitungen für den Neubau entgeltlich abgesagt. Grund dafür: es finden sich keine europäischen Investoren für das Projekt.

AKW Jaslovské Bohunice in der Slowakei: Im Dezember 2013 beendete das slowakische Wirtschaftsministerium die Gespräche mit dem russischen Atomkonzern Rosatom. Grund dafür: Rosatom wollte nur investieren, wenn fixierte Abnahmepreise für den Atomstrom garantiert werden. Eine solche Garantie konnte die Slowakei nicht geben.

Finanzierung der aktuellen AKW-Projekte mithilfe Russland und China:

Der russische Präsident Vladimir Putin und der ungarische Premierminister Victor Orban kündigten im Jänner 2014 an, dass mit russischen Krediten zwei neue Atomreaktoren am AKW Standort Paks errichtet werden. Baukosten: zwischen 10 und 12 Milliarden Euro.

Den in Aussicht gestellten Neubau eines Atomreaktors in Großbritannien am Standort Hinkley Point finanzieren mit bis zu 40% chinesische Atomkonzerne. Die geschätzten Baukosten: 19 Milliarden Euro.

Ein herzliches Danke an alle Läufer_innen!



Die starke Leistung der atomstopp_mixed Staffel wurde mit dem 2. Platz belohnt! Herzliche Gratulation dazu!



Meine Spende ist steuerlich absetzbar!
Registrierungsnummer: NT2301



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Auflage: 14.500 Stück

F.d.l.v.: Roland Egger. Texte, Layout, grafische Umsetzung: Roland Egger,

Gabriele Schweiger, Claudia Kothgassner, Daniel Amerbauer

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz. Telefon: 0732 77 42 75

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at. Email: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank

IBAN AT73 5400 0000 0020 5377, BIC OBLAAT2L

Gedruckt mit Ökostrom bei Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt

atomstopp wird unterstützt durch das Land Oberösterreich

und die Landeshauptstadt Linz